

LINKE KREISZEITUNG

ZEITUNG FÜR DEN LANDKREIS OSTERHOLZ

Ausgabe Nr. 1/2010

September

Kostenlos

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
das so genannte Sparpaket der Bundesregierung empört die Menschen. Die Kosten für die Rettung von Banken und Bankiers, für die Streichung der Vermögensteuer und die Senkung der Steuern für Großverdiener sind enorm. Jetzt sollen die Schulden von Erwerbslosen, Beschäftigten und Rentnern bezahlt werden. Dagegen organisieren Gewerkschaften und Sozialverbände Widerstand. DIE LINKE ist mit dabei. Machen auch Sie mit!

Die Umverteilung von unten nach oben in der Bundespolitik schlägt voll auf die Kommunen durch. Im Landkreis Osterholz können die Kreisstadt und die Gemeinden ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen. Kommunalpolitiker von CDU und FDP weigern sich, die dafür Verantwortlichen in Bund und Land zur Rechenschaft zu ziehen und setzen auf Sozialabbau in den Kommunen.

In einem Jahr sind Kommunalwahlen. DIE LINKE wird mit ihren Ratsmitgliedern aktiv für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger kämpfen. Und zwar gemeinsam mit ihren Fraktionen im Landtag und im Bundestag.

Ihr

Herbert Behrens

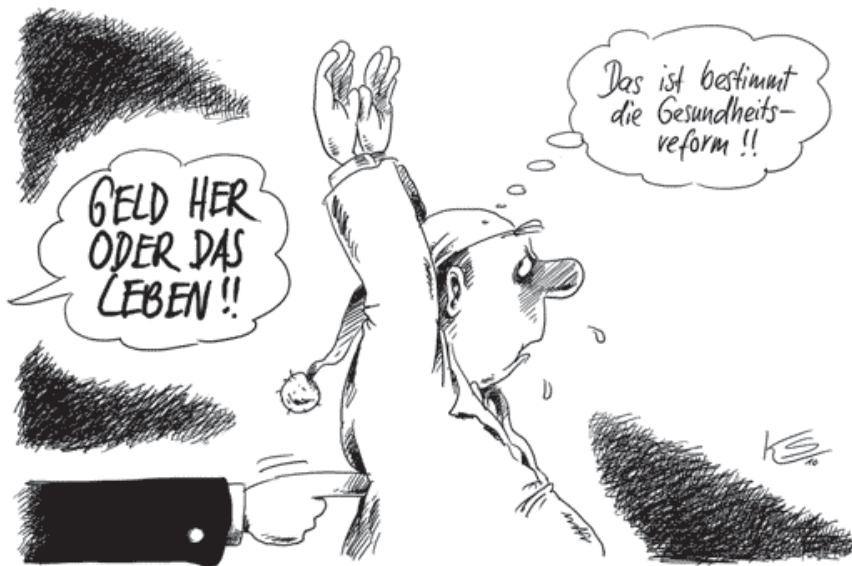


Herausgeberin:

DIE LINKE.

LANDKREIS OSTERHOLZ

Verantwortlich für Druck und Inhalt:
Herbert Behrens, Marktplatz 8,
27711 Osterholz-Scharmbeck



Karikatur: Klaus Stuttmann

Krise überwinden – gerecht besteuern

Die Finanzkrise ist zurück, weil sie in Wahrheit nie überwunden war. Statt die Ursachen der Verwerfungen auf den Weltfinanzmärkten zu bekämpfen, statt das Casino zu schließen und die Zockerinstrumente zu verbieten, wurden die Banken weltweit mit Billionen Steuergelder vor den Konsequenzen ihrer Geschäfte bewahrt.

Jetzt werden europaweit soziale Leistungen, Löhne und Renten gekürzt. Auch die deutsche Regierung ist – wie ihre Vorgänger – zu feige, um sich mit den Profiteuren unregelter Finanzmärkte und den Vermögenden anzulegen. Vielmehr sollen Hartz IV-Empfänger für das angerichtete Desaster geradestehen. Die CDU-FDP-

Bundesregierung will 30 Milliarden Euro bei den Sozialausgaben kürzen. Das ist sozial ungerecht. DIE LINKE hat ein konkretes Programm, mit dem die Finanz- und Wirtschaftskrise tatsächlich und dauerhaft überwunden werden kann, weil es ihre Ursachen bekämpft. Wir fordern:

Binnennachfrage stärken: Dies erfordert eine Ausweitung öffentlicher Ausgaben und Maßnahmen zur Steigerung der Kaufkraft und des privaten Konsums. Die LINKE fordert ein Zukunftsprogramm in Höhe von 125 Milliarden Euro pro Jahr: für öffentliche Investitionen, öffentliche Beschäftigung und industrielle Beteiligungen.

Weiter auf Seite 4



Nachrichten aus der Kommunalpolitik

OSTERHOLZ-SCHARMBECK

Anwohner leiden unter Lärm durch Güterzüge

„Unerträglich, im Sommer nachts ein Horror!“ – Die Anwohner an der Wienbeck, der Luisenstraße und der Winkelstraße in Osterholz-Scharmbeck sind genervt. Und sie sind wütend, weil die Bahn Lärmschutzwände erst 2015 bauen will.

Eine Anwohnerinitiative hatte jetzt die Vertreter der Stadtratsfraktionen eingeladen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. DIE LINKE wird die Forderungen der Anwohner in den Rat hineinbringen. So verspra-



Lärmschutz an der Strecke Bremen-Bremerhaven gibt es in Osterholz-Scharmbeck nicht. DIE LINKE will sich im Bundestag für mehr Geld für Lärmschutzmaßnahmen einsetzen.

chen es auch die Vertreter von SPD, CDU und Bürgerfraktion, die an dem Ortstermin teilnahmen.

Die Bundestagsabgeordneten Herbert Behrens von der LINKEN und Andreas Mattfeld von der CDU bewerteten die Chancen für eine zügige Lärminderung an dem Streckenabschnitt unterschiedlich. Herbert Behrens wies darauf hin, dass die Bundesregierung zu wenig Geld für Lärmschutz zur Verfügung stellt.

DIE LINKE wird sich bei den Haushaltsberatungen für 2011 für eine Aufstockung der Mittel für den Lärmschutz einsetzen.

WORPSWEDE

Demokratie kostet auch Geld

Der Bürgermeister und Gemeinderäte in Worpswede wollen die Ortsräte in Worpswede, Neu Sankt Jürgen, Hüttenbusch und Ostersode abschaffen. Die Finanznot der Gemeinde durch die Abschaffung der Ortsräte lindern zu wollen, ist absurd.



Bernd Rugen

Laut Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Ein so wichtiger Ort verlangt Mitbestimmungsmöglichkeiten. Ortsräte sind ein wesentlicher Bestandteil kommunaler Demokratie. Sie müssen erhalten bleiben.

DIE LINKE in Worpswede sieht das Problem, dass die Gemeinde überhaupt nicht mehr das tun kann, was sie eigentlich tun müsste. Gut ausgestattete Schulen, in Ordnung gebrachte Straßen und Fußwege und soziale Einrichtungen sind kaum noch finanzierbar, weil Steuergeschenke und Kürzungen des Finanzausgleichs durch die CDU/FDP-Regierungen in Berlin und Hannover die Kommunen in Milliardenhöhe belasten.

Notwendig wäre, dass alle Mitglieder des Gemeinderates bei ihren Parteifreunden im Landtag Hannover und im Bundestag in Berlin mehr Geld für die Belange der Menschen in den Gemeinden einfordern. Und zwar durch ein gerechtes Steuersystem, das Reiche entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit belastet.

Mit meinen Anträgen im Rat habe ich mich darum bemüht, mit einer höheren Gewerbesteuer mehr Geld in die Gemeindekasse zu bekommen und durch die Senkung der Aufwandsentschädigung für die Ratsmitglieder

ein Signal zu setzen für einen bewussten Umgang mit den Finanzen. Das sind Ansätze für einen kommunalen Eigenbeitrag zur Überwindung der Finanznot unserer Gemeinde. Zusammen mit einer Gemeindefinanzreform muss der Niedergang des sozialen Gemeinwesens in der Kommune gestoppt werden. Die Abschaffung demokratischer Selbstverwaltungsstrukturen wie den Ortsräten Worpswede, Neu Sankt Jürgen, Hüttenbusch und Ostersode beschleunigt den Niedergang. Bernd Rugen

LANDKREIS OSTERHOLZ

Zukunftsfähige Energiewende geht nur mit Windkraft

Auf Landkreisebene wurde ein Entwurf für ein regionales Raumordnungsprogramm vorgelegt und in den Gremien des Kreises und der Stadt Osterholz-Scharmbeck diskutiert. Insbesondere hinsichtlich des Ausweises von Flächen für Windkraftanlagen haben wir als LINKE noch erheblichen Veränderungsbedarf. So vertreten wir die Meinung, die Auswahlkriterien für die Standorte noch einmal gründlich zu überarbeiten. In Osterholz-Scharmbeck haben wir die Ausweisung eines Gebiets für die Errichtung von Windkraftanlagen in einem Landschaftsschutzgebiet abgelehnt, mit der Lilienthaler Initiative „5 sind genug“ sind wir im Gespräch. Grundsätzlich aber steht DIE LINKE für einen massiven Ausbau der Windenergie.

Peter Flieshardt



Windräder in Wallhöfen

Raubzug durch die Taschen der Krankenversicherten

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die großen Sozialverbände fordern den Stopp der Gesundheitsreform der Bundesregierung. DIE LINKE im Landkreis Osterholz unterstützt das Bündnis.

„Die Gesundheitsreform gleicht einem Raubzug durch die Geldbeutel der gesetzlichen Krankenversi-



cherten“, heißt es in einer Pressemitteilung des Bündnisses. Die Bundesregierung leere die Taschen der Normal- und Geringverdiener, der Rentnerinnen und Rentner sowie aller sozial Benachteiligten. Die vorgelegte Reform verdiene den Namen nicht, tatsächlich handele es sich um

schlichtes Abkassieren bei den Beitragszahlerinnen und -zahlern.

Die Bundesregierung plant die Einführung einkommensunabhängiger Pauschalen in der Krankenversicherung. Die teilzeitbeschäftigte Verkäuferin zahlt genauso viel wie die der Bankvorstand. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Arbeitgeber immer weiter.

Die Pläne der Regierung wären das Ende der solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens, an der bisher jede und jeder nach seinen Möglichkeiten beteiligt war. Weil damit die Beiträge der Bestverdienenden fehlen, müssen Leistungen eingeschränkt werden. Eine gute medizinische Versorgung ist dann nur gegen Bares möglich. Gesundheit wird so zur Ware, in Praxen und Kliniken tobt der Wettbewerb. Auf der Strecke bleiben Familien, Rentnerinnen und Rentner und Menschen mit kleinem Einkommen.

Auf dem Marktplatz in Osterholz-Scharmbeck informierten Mitglieder LINKEN bereits über die Folgen der Verschlechterung. Die Bürgerinnen und Bürger ärgern sich über den dreisten Angriff der CDU und FDP auf das Gesundheitswesen.

„Der Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung muss viel stärker werden. DIE LINKE wird deshalb mit eigenen Aktionen die Aktivitäten des Bündnisses unterstützen“, sagt der Kreisvorsitzende der LINKEN und Bundestagsabgeordnete Herbert Behrens. Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, ihren Protest deutlich zu machen.

Das Bündnis der Gewerkschaften und Sozialverbände „Für mehr Solidarität im Gesundheitswesen“ bietet auf seiner Internetseite Möglichkeiten dazu: www.Stoppauschale.de



Lilienthaler wehren sich gegen Standort für Tetra-BOS-Turm

Und wieder einmal: Geheimhaltung bis zum Baubeginn. Proteste der Bürgerinnen und Bürger sind die Folge. Das ist in Lilienthal nicht anders. Ganz erschrocken sind jetzt die Lokalpolitikerinnen und -politiker über die Reaktion der Menschen.

DIE LINKE kritisierte die Geheimniskrämerie der Behörden und den Maulkorberlass für Gemeindeverwaltungen, als Axstedter Bürgerinnen und Bürgern gegen den Tetra-BOS-Funkturm mitten im Wohngebiet protestierten.

Das Recht auf Gesundheit und körperliche Unversehrtheit gehört für

die Partei DIE LINKE zu den unveräußerlichen Menschenrechten. Der Schutz der Umwelt und der Schutz des Menschen vor den negativen Folgen und Auswirkungen einer oftmals am Profit orientierten, unkontrollierten Gestaltung und Anwendung neuer Technologien und Produkte gehört daher zu einem der Grundpfeiler ihrer Politik.

Dass die Einwohnerinnen und Einwohner erst im Nachhinein und aus der Presse von der geplanten Errichtung von Tetra-BOS-Sendetürmen in ihrem Wohnumfeld erfahren, ist ein Skandal und undemokratisch.

Info-Coupon

- Bitte schicken Sie mir Informationen über die DIE LINKE.
- Ich möchte zum nächsten Treffen der LINKEN eingeladen werden.

Informationen an mich bitte

- per E-Mail
- per Post

Absender:

Name

Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Coupon einsenden an:
DIE LINKE, Landkreis Osterholz
Marktplatz 8, 27711 Osterholz-Scharmbeck, Fax 04791 9658-866

1.9. – Antikriegstag

Nie wieder Krieg!

Auch 71 Jahre nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen und dem Beginn des 2. Weltkriegs werden weltweit Kriege geführt.

Mit Billigung der Regierung und der Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag beteiligen sich in Afghanistan deutsche Soldaten erneut an Kriegseinsätzen im Ausland. Opfer sind immer häufiger unschuldige, an Kampfhandlungen nicht beteiligte Zivilisten. Auch wenn Kriege und kriegerische Konflikte von Politikern gegenüber der Öffentlichkeit immer wieder als unvermeidbar verteidigt werden, lautet eine der Lehren nicht zuletzt aus der deutschen Vergangenheit: Gewalt wird nicht mit Gewalt eingedämmt. Die Forderung der Friedensbewegung: Frieden schaffen ohne Waffen! ist daher aktueller denn je. Zur Erinnerung und zum Gedenken an die über 60 Millionen Toten, die am Ende des 2. Weltkriegs zu beklagen waren, gibt der Antikriegstag 2010 Anlass, um für folgende Forderungen einzutreten:

- Für die Beendigung des Krieges in Afghanistan und den umgehenden Abzug der Bundeswehr aus diesem Land
- Für die sofortige Einstellung aller Planungen zur weiteren Militarisierung Europas und zur Errichtung einer EU-Rüstungsagentur
- Für die Beendigung von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten sowie die schrittweise Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte. Horst Blidon

Neuer Vorstand für DIE LINKE

Die Mitglieder der Partei DIE LINKE im Kreisverband Osterholz setzen auf Beständigkeit. Sie wählten Eva Schäfer, Lilienthal, Arnold Neugebohrn, Schwanewede, sowie Peter Flieshardt und Herbert Behrens, Osterholz-Scharmbeck, die bereits dem alten Vorstand tätig waren, erneut in den Kreisvorstand; dort neu ist Dorothea Brauns. Zwei weitere Plätze in dem Gremium, das zur Hälfte aus Frauen

Veranstaltungen

Wir laden Sie herzlich ein, bei uns Gäste zu sein!

Dienstag, 7. September,
19 Uhr, Kulturzentrum Kleinbahnhof OHZ: **Für eine solidarische Krankenversicherung – gegen die Kopfpauschale, Vortrag und Diskussion**

Donnerstag, 16. September,
19 Uhr: **Oberstleutnant a. D. Jürgen Rose: „Ernstfall Angriffskrieg. Globale Verteidigung – der neue Auftrag der Bundeswehr“**

Dienstag, 5. Oktober,
19 Uhr, Kulturzentrum Kleinbahnhof: **Kreismitgliederversammlung**

bestehen soll, konnten noch nicht besetzt werden.

Die Kommunalwahl im September 2011 wird die politische Arbeit des Kreisverbandes in den kommenden zwölf Monaten bestimmen. Insbesondere soll es um die Verknüpfung der kommunalen Probleme, deren Ursachen maßgeblich in der Landes- und Bundespolitik zu suchen sind, gehen.

Krise überwinden – gerecht besteuern

Fortsetzung von Seite 1

Öffentliche Arbeitsplätze schaffen: Mehr als zwei Millionen Stellen im öffentlichen Dienst sind seit 1990 vernichtet worden. Im Rahmen des Zukunftsprogramms wollen wir öffentliche Beschäftigung und Investitionen in den Bereichen Bildung und Kultur, Gesundheit, gesellschaftliche Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge ausweiten.

Sozial-ökologischen Umbau vorantreiben: Mit dem Zukunftsprogramm sollen jährlich 50 Milliarden Euro für Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur und eine sozial-ökologische Entwicklung ausgegeben werden. Zusätzlich sollen mit einem Zukunftsfonds als Teil des Zukunftsprogramm 25 Milliarden Euro jährlich für den sozial-ökologischen Umbau der Industrie und der Sicherung von Arbeitsplätzen bereitgestellt werden.

Banken vergesellschaften und Finanzmärkte regulieren: Die privaten Banken haben maßgeblich jede Regulierung der Finanzmärkte hintertrieben. Dies gefährdet die Demokratie. Damit sie ihre ureigenste Aufgabe, die Kreditversorgung der Wirt-



schaft zu sichern, wieder wahrnehmen, müssen die privaten Banken in öffentliches Eigentum und öffentliche Kontrolle überführt und zusammen mit den Landesbanken konsolidiert und verkleinert werden.

Reiche besteuern: In den letzten zehn Jahren haben die Regierungen eine Umverteilung von unten nach oben, eine faktische Enteignung von Millionen arbeitender Menschen in der Größe von mehr als einer Billion Euro durchgesetzt. Die privaten Geldvermögen der Millionäre und Multimillionäre in Deutschland sind um eine Billion Euro angeschwollen. DIE LINKE will diese Enteignung der Mehrheit stoppen und umkehren. Wir wollen unter anderem eine deutlich stärkere Besteuerung von Reichen und Vermögenden. 160 Milliarden Euro Mehreinnahmen sind möglich durch ein anderes Steuersystem.

Herbert Behrens